

## W I E N E R      L A N D T A G

Beilage Nr. 29/1984

## Entwurf

Gesetz vom \_\_\_\_\_, mit dem das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 geändert wird (6. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966)

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

# Artikel I

Das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966, LGBI. für Wien Nr. 22/1968, in der Fassung der Landesgesetze LGBI. für Wien Nr. 21/1969, 1/1972, 25/1975, 6/1978 und 12/1984 wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 2 zweiter Satz hat zu lauten:

"Der Pensionsbeitrag beträgt 8 vH dieser Nebengebühren."

## Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1985 in Kraft.

## V O R B L A T T

### Problem:

Am 1. Dezember 1983 war zwischen den Gebietskörperschaften und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vereinbart worden, den Pensionsbeitrag ab 1. Jänner 1984 auf 7,5 vH sowie jeweils mit Wirksamkeitsbeginn der drei nächsten Gehaltsabkommen auf 8 vH, 8,5 vH und schließlich auf 9 vH zu erhöhen. Da aufgrund des Verhandlungsergebnisses vom 8. November 1984 ab 1. Jänner 1985 ein neues Gehaltsabkommen realisiert werden soll, bedürfen auch die Bestimmungen über die Pensionsbeiträge einer entsprechenden Änderung.

### Ziel:

Erhöhung des Pensionsbeitrages für Nebengebühren aufgrund der Vereinbarung vom 1. Dezember 1983.

### Lösung:

Ab 1. Jänner 1985 soll der Pensionsbeitrag, den der Beamte des Dienststandes für die bezogenen Nebengebühren zu entrichten hat, um 0,5 Prozentpunkte auf 8 vH angehoben werden.

### Alternativen:

Keine

### Kosten:

Keine

### Erläuterungen

zum Gesetz, mit dem das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 geändert wird (6. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966)

Im Zuge der Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in bezug auf die Besoldungsregelung ab Jänner 1984 war am 1. Dezember 1983 vereinbart worden, den damals mit 7 vH festgesetzten Pensionsbeitrag mit Wirkung vom 1. Jänner 1984 um 0,5 Prozentpunkte auf 7,5 vH, sowie jeweils mit Wirksamkeitsbeginn der drei nächsten Gehaltsabkommen auf 8 vH, 8,5 vH und schließlich auf 9 vH anzuheben. Am 8. November 1984 konnte nunmehr zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Einigung über ein neues Gehaltsabkommen, das ab 1. Jänner 1985 gelten soll, erzielt werden. Aus diesem Grund soll im Sinne der oben erwähnten Vereinbarung vom 1. Dezember 1983 auch der Pensionsbeitrag, den der Beamte des Dienststandes für die bezogenen Nebengebühren zu entrichten hat, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1985 von derzeit 7,5 vH auf 8 vH erhöht werden.

#### Zu Art. I:

Der Pensionsbeitrag, den der Beamte des Dienststandes für die bezogenen, für die Ruhegenußzulage anrechenbaren Nebengebühren zu entrichten hat, wird um 0,5 Prozentpunkte auf 8 vH angehoben.

#### Zu Art. II:

Das Gesetz soll mit 1. Jänner 1985 in Kraft treten.

Textgegenüberstellung

alt

Art. I:

§ 2. (2) Der Beamte des Dienststandes hat von den bezogenen, für die Ruhegenußzulage anrechenbaren Nebengebühren einen Pensionsbeitrag zu entrichten. Der Pensionsbeitrag beträgt 7,5 vH dieser Nebengebühren.

neu

Art. I:

§ 2. (2) Der Beamte des Dienststandes hat von den bezogenen, für die Ruhegenußzulage anrechenbaren Nebengebühren einen Pensionsbeitrag zu entrichten. Der Pensionsbeitrag beträgt 8 vH dieser Nebengebühren.